

## CORPORATE CAPTURE IM ENERGIEBEREICH: WIE LOBBYING UNSERE GESETZE BEEINFLUSST

Von **Klara Kinnl**,  
Praktikantin in der AK-Wien  
und  
**Michael Soder**,  
Abteilung Wirtschaftspolitik,  
AK-Wien

Laut Europäischer Kommission bemühen sich derzeit – laut freiwilligen Eintragungen im Transparenzregister – mehr als 11.800 Lobbying-Organisationen ihre Interessen in die europäische Gesetzgebung einfließen zu lassen. Regeln bezüglich einer transparenten Darstellung der Lobbying-Aktivitäten gibt es kaum, und damit passiert Einflussnahme fernab des öffentlichen Blickfelds. Der Einfluss mächtiger und finanzstarker Industrieinteressen auf die Gesetzgebung – die Kaperung politischer Entscheidungen und die Beeinflussung von Gesetzen – ist deshalb in der dazu gängigen Literatur als „Corporate Capture“ bekannt.

### Wie wird „Corporate Capture“ betrieben?

Grundsätzlich kann Corporate Capture unterschiedliche Formen annehmen – ExpertInnen werden angehört, EntscheidungsträgerInnen werden mit „objektive“ Studien versorgt, ehemalige PolitikerInnen übernehmen Managementpositionen in einschlägigen Industrien oder sie kommen von dort auf zentrale politische Positionen (sogenannter Drehtüreffekt); oder Großkonzernen wird – z.B. über Zutrittskarten zum Europäischen Parlament – der Zugang zu politischen Entscheidungsgremien erleichtert. Auch wenn nicht alle Organe der Europäischen Union gleichermaßen von Corporate Capture betroffen sind, bildet diese einen erhöhten Risikofaktor, da Lobbying-Gruppen zumeist partikulare anstatt allgemeine Interessen vertreten.

Gerade in den Bereichen der Klima- und Energiepolitik sind die Interessen sehr heterogen und verschiedene Industrien rittern miteinander um die Deutungs- und Diskurshoheit sowie um Einfluss. Neben der fossilen Brennstoffindustrie und der Lobby für erneuerbare Ener-

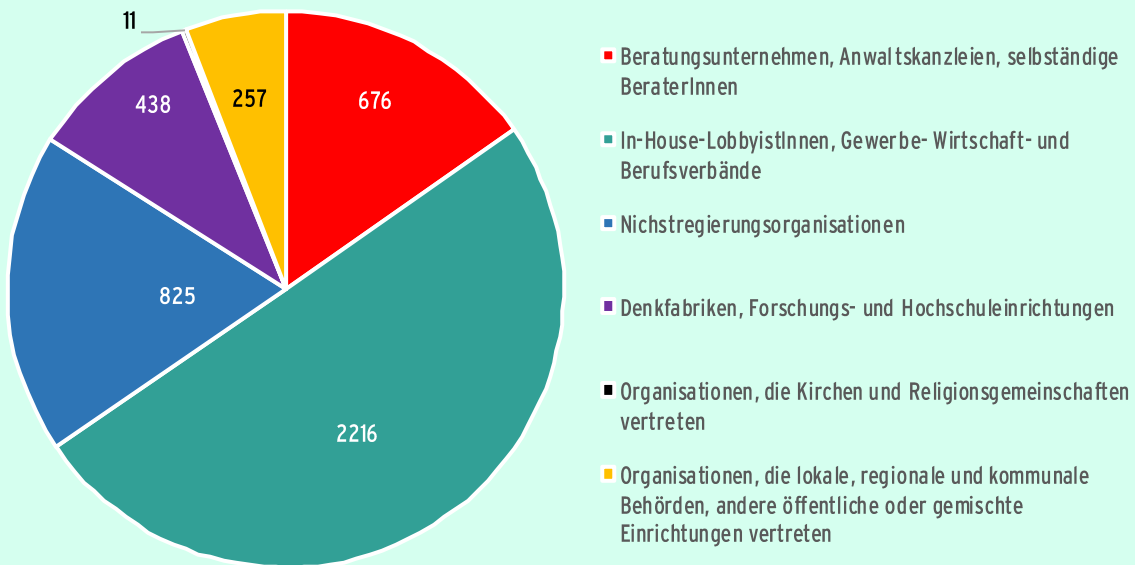
gien machen sich zusätzlich noch viele zivilgesellschaftliche Initiativen und ArbeitnehmerInnenvertretungen für Energiethemen stark. Doch die Einflussnahme mächtiger Lobbys und Konzerne ist besonders im Energiebereich stark, da die Energieriesen vorwiegend aus der Erdöl- und Erdgasindustrie stammen. Ihre Anregungen und Wünsche finden deshalb auf zahlreichen Wegen „Zutritt“ zur europäischen Gesetzgebung. Beispielhaft zeigt sich der Einfluss der Energieriesen unter anderem anhand des Energiecharta (Energy Charter Treaty).

### Die Energiecharta – die EU in den Fesseln der Energiekonzerne

Die Energiecharta ist ein internationaler Vertrag, welcher ursprünglich auf die Integration der Energiesektoren abzielte. Der Vertrag deckt dabei vier Hauptbereiche ab: den Schutz von Auslandsinvestitionen, nichtdiskriminierende Bedingungen für den Handel mit Energiematerialien, -produkten und energiebezogener Ausrüstung, Schlichtungsverfahren im Streitfall zwischen Teilnehmerstaaten sowie die Förderung von Energieeffizienz.

Im Zuge der Erstellung der Energiecharta waren Energieriesen und Lobbying-Gruppen von Anfang an eingeladen, an der Ausformulierung des Vertrages mitzuwirken. Zusätzlich geschah dies noch unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit. Da die Energiecharta Regeln für den Verkauf und Transport von Energie vor-

Corporate Capture bezeichnet das Ver-einnahmen politischer Entscheidungen zu Gunsten individueller Industrieinteressen.

**ABBILDUNG: VERTEILUNG NACH INTERESSENSVERBÄNDEN UND LOBBY-ORGANISATIONEN IM ENERGIEBEREICH**


Quelle: Europäischen Union, eigene Darstellung

schreibt und es internationalen InvestorInnen ermöglicht, Staaten aufgrund von entgangenen Profiten im Energiesektor zu verklagen, kam es bisher zu 117 Klagen. Diese führten dabei oft dazu, dass den Energieriesen Bußgelder für Verstöße gegen die Energiecharta zugesprochen wurden. Die Rechnung dafür musste von den SteuerzahlerInnen getragen werden. Die Erfahrung mit der Rechtsprechung auf Basis der Energiecharta zeigt auch, dass wirtschaftlichen Interessen oft-

**In Brüssel wimmelt es vor LobbyistInnen, die mit kreativen Ideen versuchen, „ihren Fuß in die Tür“ der europäischen Gesetzgebung zu bekommen.**

mals der Vorzug gegenüber anderen Interessen (z.B.: jenen der Umwelt) gegeben wird. Dies ist umso problematischer, da zur Gestaltung der Energiecharta die Energieriesen eingebunden waren, und ein zivilgesellschaftliches oder öffentliches Korrektiv in der Ausgestaltung nicht oder nur kaum gegeben war. Aus diesem Grund erscheint auch eine Verbesserung der Transparenz in der Entscheidungsfindung demokratiepolitisch und gesellschaftlich notwendig.

## Die Energielobby – auf der Suche nach mehr Transparenz

Aufgrund der Dichte der LobbyistInnen und der Übermacht der Industrieinteressen in Brüssel sind seit 2015 Organisationen, die bei der EU-Kommission lobbyieren, dazu aufgefordert, sich in das Online-Transparenzregister einzutragen und Informationen über sich und ihre Arbeit preiszugeben. Dazu zählen die jeweiligen Politikbereiche und Interessen, ihre finanziellen Mittel und die Namen der zu Vertretenden bzw. der AuftraggeberInnen. Jedoch bleibt die Eintragung bis auf weiteres freiwillig. Dies lässt vermuten, dass bei der Analyse dieses Transparenzregisters sowohl die Anzahl als auch die finanziellen Mittel, die in die Lobbyarbeit investiert werden, unterschätzt werden. Da jedoch bisher keine besseren Daten vorhanden sind, lohnt sich jedenfalls ein Blick in die Datenbank, um einen ersten groben Überblick über die Lobbying-Organisationen und die von ihnen vertretenen Interessen zu bekommen.

Von den insgesamt 11.800 im Transparenzregister gelisteten Lobby-Organisationen gaben 4.423 den Energiebereich in ihrem Interessensspektrum an. Knapp über 50% der Lobbying-Organisationen gehören dabei zur Gruppe der „In-House Lobbyisten, Gewerbe-,

Wirtschafts- und Berufsverbände“, darunter sind auch die „Gewerkschaften und Berufsverbände“ (siehe Abbildung). Allerdings sind eben diese mit insgesamt nur 232 Mitgliedern jedoch weit unterrepräsentiert und vereinen nur 5% aller Lobbying-Organisationen im Energiesektor auf sich. Die Dominanz der Wirtschaftsinteressen im Energiebereich, einhergehend mit der massiven Unterrepräsentation von ArbeitnehmerInnen-Interessen ist damit eindeutig und klar ersichtlich. Auch NGOs machen im Energiebereich lediglich 18,7% aus. Zusätzlich sind in dieser Kategorie unter anderem auch Vertretungen wirtschaftlicher Interessen mitenthalten, welche beispielsweise für die Freihandelsabkommen lobbyieren. Die in dieser Kategorie enthaltenen NGOs sind daher nicht notwendigerweise kritisch gegenüber Großkonzernen und deren Lobbying-Zielen eingestellt, sondern vertreten teilweise ebenfalls Konzerninteressen und sind daher bei Verhandlungen auch nicht als „das Gegenüber“ der Industrie zu sehen, sondern vielmehr an der selben Seite des „Tisches“ zu finden.

**Fernab von gesellschaftlichen Prioritäten sind individuelle Profitinteressen auf bestem Wege, Eingang in Gesetze zu finden, und so könnte die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen auf viele Jahre zementiert werden.**

Wirtschaftsinteressen sind im Lobbying weit stärker vertreten und ihre Lobbying-Organisationen verfügen über wesentlich größere finanzielle Mittel. Initiativen der Bevölkerung, Gewerkschaften und NGOs, die für allgemeine statt partikulare Interessen kämpfen, können nur mit einem Bruchteil davon arbeiten, um sich für die Interessen der Vielen, die sie vertreten, einzusetzen. Dies zeigt sich erstens in einer wesentlich geringeren Anzahl an InteressensvertreterInnen und zweitens an einer kleineren Anzahl an Zutrittskarten zum Europäischen Parlament.

Wie sich die Aktivitäten der Lobbying-Organisationen auf den Gesetzgebungsprozess innerhalb der Europäischen Union auswirken können, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass mehr als ein Fünftel

aller genannten Lobbying-Organisationen auch in ExpertInnengruppen der Europäischen Kommission vertreten sind und rund ein Drittel der Organisationen mindestens ein Mitglied mit direktem Zugang zum Europäischen Parlament hat. Somit hat ein maßgeblicher Anteil der Lobbying-Gruppen einen direkten Zugang zu EU-Gremien und kann die Gesetzgebung verstärkt beeinflussen. Jedoch sind die Interessenslagen auch innerhalb der verschiedenen Industriezweige nicht immer homogen und eindeutig.

## Fossile versus erneuerbare Energien – ein Konflikt zwischen Industrieinteressen

Aber auch innerhalb der Industrie gibt es unterschiedliche Interessenslagen, wie sich insbesondere im Konflikt zwischen VerfechterInnen fossiler Brennstoffe und jenen der erneuerbaren Energien zeigt.

Bei den Debatten geht es daher nicht nur um öffentliche versus private Interessen, sondern auch über jene innerhalb der Energieindustrie selbst. So setzen sich VertreterInnen fossiler Brennstoffe oftmals für einen langsameren Ausstieg aus den fossilen Energien und Technologien ein, welche trotz ihrer umweltpolitischen Fragewürdigkeit ihr Kerngeschäftsmodell der fossilen Energien absichern und konservieren. Als Beispiel seien dazu Carbon Capture Technologien – die technische Abspaltung von CO<sub>2</sub> und seine Einlagerung im Erdreich – genannt. Dies ist umso problematischer, da sich die Europäische Union und ihre einzelnen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet haben, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und deshalb den Ausstieg aus fossilen Energieträgern möglichst rasch forcieren sollten, um die gesetzten Ziele überhaupt erreichen zu können.

## Für ein Mehr an Transparenz

Neben einer massiven Überbetonung wirtschaftlicher Profitinteressen innerhalb der Lobbying-Organisationen und Interessensvertretungen in der Europäischen Union, sind die finanzstarken Individualinteressen der fossilen Energieträger am besten Wege, nachhaltige Energieprojekte zu stoppen oder immerhin zu verlangsamen, Gesetze zu ihrem Vorteil zu beeinflussen und das rasche Errei-

chen der Klimaziele zu gefährden. Um die Dominanz der industriellen Individualinteressen aber in solchen zentralen Fragen gesellschaftlicher Gestaltung wie der Frage der Klimapolitik einzudämmen, könnte sich ein Beispiel an den Überlegungen zur Eindämmung des Tabakkonsums genommen werden: Aufgrund der schwerwiegenden Interessenskonflikte wurde damals der Einfluss der Tabakindustrie in Verhandlungen zu gesundheitspolitischen Fragestellungen massiv eingeschränkt. Wenn man ernsthaft an der Umsetzung der klima- und energiepolitischen Ziele interessiert ist, könnte man einem solchen Beispiel auch in Hinblick auf die fossile Brennstoffindustrie in der Energie- und Umweltgesetzgebung folgen.

Noch dringender wäre aber, in einem ersten Schritt Lobbying-Aktivitäten transparenter aufzuzeigen und zu gestalten. Das bereits existierende freiwillige Transparenzregister könnte mit Vorschreibung einer Meldepflicht verbindlich ausgestaltet werden und damit beitragen, dass Lobbying-Organisationen in Zukunft ihre Tätigkeiten veröffentlichen müssen. Dies wäre nicht nur ein erster Schritt zur Bereinigung der enormen Schieflage in der Einflussnahme auf Gesetze zu Gunsten von Individualinteressen, sondern würde zu einer Stärkung der Demokratie innerhalb der Europäischen Union beitragen.

... Es ist Zeit für einen ...

# Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen  
www.kurswechsel.at



**Themen 2018**

- Die Macht von Unternehmen im neoliberalen Kapitalismus
- Am Land – am Rand?
- Freie Fahrt für reiche Burschen? Schwarz-Blau ist zurück!
- Zehn Jahre Krise

---

Einzelheft: € 10,50  
Normalabonnement: € 29,—  
StudentInnenabonnement: € 18,—  
Auslandsabonnement : € 36,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag  
Fax: (0043 -1) 586 80 70  
E-Mail: verlag@sonderzahl.at  
www.sonderzahl.at